

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Michael Köberle
(im Hause)

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten Sie darum, den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen.

BREXIT – GEEIGNETE WERBEMASSNAHMEN FÜR DEN STANDORT LIMBURG

Beschlussvorschlag

Der Magistrat wird gebeten, möglichst bis zum Beginn der anstehenden Haushaltsberatungen die bislang für die Ansprache potenziell ansiedlungsinteressierter und von den Auswirkungen der „Brexit“-Entscheidung betroffener Unternehmen verantwortlich zeichnende Agentur in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr einzuladen. Dort sollen die bisherigen Maßnahmen und die hierfür eingesetzten Mittel vorgestellt sowie über die Resonanz derselben diskutiert werden.

Begründung

Im Juli 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss gefasst, der die Beauftragung geeigneter Werbe- und Marketingmedien und die Entwicklung einer möglichst passgenauen Ansprache von Unternehmen ermöglichen sollte, die von den wirtschaftlichen und regulatorischen Folgen der „Brexit“-Entscheidung Großbritanniens betroffen sind bzw. sein werden.

Hierfür wurden unmittelbar 100.000 Euro bereitgestellt, um das Standortmarketing praktisch ohne zeitlichen Verzug in die Lage zu versetzen, entsprechende Schritte – gemeinsam mit einer kompetenten Agentur – einzuleiten.

Ziel soll es sein, Unternehmen zu identifizieren, die für die Fortsetzung ihrer wirtschaftlichen Betätigungen einen Umzug auf das Gebiet der EU erwägen oder vollziehen müssen, dabei aufgrund besonders der räumlichen Nähe zum Rhein-Main- und Rhein-Ruhr-Gebiet sowie der hervorragenden Infrastruktur für eine Ansiedlung in Limburg interessiert werden könnten.

Nachdem zunächst die Notwendigkeit, auf das europäische Festland auszulagern oder gar übersiedeln zu müssen, skeptisch betrachtet worden ist, bestehen nicht zuletzt aufgrund des angekündigten oder bereits vollzogenen Umzugs namhafter Unternehmen nunmehr keine Zweifel, dass besonders auch der deutsche Standort Profiteur solcher Neuansiedlungen werden kann. Voraussetzung ist neben den unverzichtbaren infrastrukturellen Voraussetzungen und der Lage – beides bringt Limburg mit –, dass zuvor ein überzeugender Zugang zu interessierten Firmen entwickelt werden kann. Um es einfacher zu sagen: Die betroffenen Branchen und Unternehmen müssen von den Vorteilen einer (Neu-)Ansiedlung in Limburg fachlich kompetent überzeugt werden.

Nach Wahrnehmung der CDU-Fraktion sind die bislang hier zu registrierenden Bemühungen unzureichend. Anders als beschlossen, wird hierüber auch nicht im Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr berichtet. Bis auf die Erstellung eines modernisierten Werbefilms bzw. einer

Hochglanzbroschüre („Limburg³. Raum für Mittelstand“) und eines viele Power-Point-Seiten umfassenden mündlichen Vortrags (bei dem die Autoren nicht anwesend gewesen sind) sind parlamentsöffentlich keine weiteren Aktivitäten sichtbar geworden.

Nach nun 15 Monaten ist es dringend Zeit für eine ausführliche und zielführende politische Debatte der bisher verfolgten Strategien – und dafür, gegebenenfalls neu zu justieren.

Weitere Erläuterungen erfolgen bei Bedarf auch mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Christopher Dietz
Fraktionsvorsitzender